



Das Gespenst von Egon Bahr kehrt nach Moskau zurück

Im Jahr 1963 entwickelte Bahr die Ostpolitik, die eine Annäherung an die UdSSR einer feindseligen Haltung vorzog. In seinen späten Lebensjahren bezeichnete er die Entscheidung des Westens für die Konfrontation als „den Fehler des Jahrhunderts“.

Marco Fernandes

Mi. 07 Okt 2026 17 Leseminuten

Am Abend des 1. Oktober, vor der [Abschlusssitzung der Jahrestagung des Valdai-Clubs](#) – an der ich teilnehmen durfte –, machte Wladimir Putin einen unerwarteten historischen Exkurs und stützte sich dabei auf Material, das er in den sowjetischen Archiven gefunden hatte. Er griff die Warnungen auf, die vor fast vier Jahrzehnten von einem Deutschen ausgesprochen wurden, an den sich kaum noch jemand erinnert: Egon Bahr, ein Mitglied der Führung der Sozialdemokratischen Partei

(SPD). Es war Bahr, der 1963 die sogenannte *Ostpolitik* konzipierte, die darauf abzielte, die UdSSR näher an den Westen heranzuführen, anstatt eine Polarisierung gegen sie herbeizuführen. Deutschland, so schlug Bahr vor, solle eine Brücke zwischen den beiden Seiten der Mauer sein. Als Staatssekretär im Kanzleramt – mit anderen Worten: als rechte Hand von Willy Brandt – handelte Bahr die Ostverträge von Brandt (Bundeskanzler von 1969 bis 1974) aus. Zwischen 1970 und 1973 unterzeichnete Bonn die Ostverträge mit Moskau, Warschau und Ost-Berlin: Es erkannte die aus dem Krieg hervorgegangenen Grenzen und die Existenz des anderen Deutschlands an, im Gegenzug für garantierten Transit und Familienbesuche. Das war Bahrs Formel in rechtlicher Form – das Bestehende akzeptieren, damit sich die Dinge durch das Zusammenleben ändern können. Die Christdemokraten (CDU) bekämpften die Verträge so vehement, dass sie Brandt beinahe zu Fall gebracht hätten: Der Misstrauensantrag von 1972 scheiterte nur um zwei Stimmen.

In Valдай verlas Putin drei Passagen aus dem sowjetischen Archiv. In der ersten identifizierte Bahr innerhalb der NATO selbst jene Kreise, die keinerlei Wunsch haben, den Weg der paneuropäischen Zusammenarbeit und des Abbaus der Konfrontation einzuschlagen. In der zweiten warnte er, dass die Entwicklungen ohne entschlossene Schritte zur Überwindung der Spaltung Europas in feindliche Blöcke einen äußerst ungünstigen Charakter annehmen und die UdSSR zur internationalen Isolation verdammen würden. Und er legte dar, was an die Stelle der Blöcke treten sollte: ein Sicherheitsrat mit weitreichenden Befugnissen, der die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und ganz Mittel- und Osteuropa zusammenbringe – wobei die NATO nicht nach Osten vordringen dürfe. Als Putin dies in den Akten fand, sagte er – und warnte, er werde nun „undiplomatisch“ klingen: „Mir blieb der Mund offen stehen“. Angesichts eines Deutschlands, dessen Rhetorik von Tag zu Tag aggressiver wird und das darauf besteht, das Schreckgespenst der „russischen Bedrohung“ zu schüren, ist es in der Tat verblüffend, dass einer der führenden Köpfe der deutschen Außenpolitik seit mehr als zwei Jahrzehnten so wachsam gegenüber den Gefahren einer sich verschärfenden Polarisierung zwischen dem Westen und der UdSSR war und eine neue, mutige Sicherheitsarchitektur für Europa vorgeschlagen hatte, während er sich zudem gegen die Osterweiterung der NATO aussprach. Für den russischen Präsidenten ist es, als hätte Bahr in eine Kristallkugel geblickt.

Es ist wichtig, den Zeitpunkt zu beachten, zu dem dies gesagt wurde. Vierundzwanzig Stunden zuvor hatte Moskau der NATO ein Memorandum übermittelt, in dem es warnte, dass es zu allen verfügbaren Mitteln zur Verteidigung greifen werde, sollte das Bündnis versuchen, eine Blockade gegen Kaliningrad zu verhängen. In Valдай sagte Putin, dass Atomwaffen nicht erwähnt

worden seien; doch noch am selben Tag [erklärte](#) der ständige Vertreter Russlands bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Dmitri Poljanski, bei einer Sitzung des Ständigen Rates der Organisation, dass in russischen Doktrin-Dokumenten für einen Fall wie diesen eine nukleare Reaktion vorgesehen sei. Am selben 1. Oktober warnte der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz, Europa müsse sich auf verstärkte russische Hybridoperationen vorbereiten. In dieser Atmosphäre entscheidet sich der russische Präsident, über Deutschland zu sprechen. Doch er tut dies durch den Mund eines Deutschen.

Im Februar 1990 hielt sich Bahr im Auftrag der SPD-Fraktion in Moskau auf, begleitet vom Abgeordneten Karsten Voigt, und [erklärte](#) Alexander Jakowlew – dem Architekten der *Perestroika* – in Anwesenheit von Valentin Falin, der während der *Ostpolitik*-Jahre sowjetischer Botschafter in Bonn gewesen war, dass Helmut Kohl (von der CDU, damals deutscher Bundeskanzler) „die NATO bis zur Oder“, dem Fluss, der Deutschland von Polen trennt (heute erstreckt sich das Bündnis tausend Kilometer weiter, 130 km von St. Petersburg entfernt). Und dass er, sollte die Sowjetunion nichts unternehmen, um dies zu verhindern, niemals nach Moskau zurückkehren würde – wie Putin uns berichtete. Am folgenden Tag [schlug](#) er dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse ein europäisches Sicherheitssystem mit eigenem Kommando vor, an das ein vereintes Deutschland anstelle gegnerischer Blöcke gebunden sein würde – und warnte, dass, sollte Moskau den Beitritt Deutschlands zur NATO akzeptieren, die SPD selbst ihre Position ändern und kapitulieren würde. Schewardnadse [antwortete](#): „Die Sowjetunion wird nicht kapitulieren.“ Drei Monate später gewährte Gorbatschow in Washington Deutschland das Recht, sein Bündnis selbst zu wählen. Achtzehn Monate später würde die Sowjetunion kapitulieren, im wahrsten Sinne des Wortes. Kurz darauf wurde der optimistische Schewardnadse – ob ironischerweise oder tragischerweise – Präsident der ehemaligen Sowjetrepublik Georgien.

Putin nutzte Bahr nicht nur, um die aktuelle deutsche Regierung oder die der EU zu kritisieren, sondern auch, um Gorbatschow zu kritisieren. Die sowjetische Führung, so sagte er, „hörte zu und hörte zu und tat nichts“. Voigt – ein überzeugter Atlantiker, der innerhalb der eigenen Delegation anderer Meinung war als Bahr – veröffentlichte 2016 seine Version des Treffens: Die Sowjets „hatten keine eigene Vorstellung“, waren gegen den NATO-Beitritt, „konnten aber keine überzeugenden Alternativen anbieten“ und schienen mehr an den Beziehungen zu Washington interessiert zu sein. Sieben Wochen später schrieb Falin an Gorbatschow, die sowjetische Europapolitik sei in „Nachdenklichkeit und Reflexion, um nicht zu sagen Depression“ verfallen, dass „der Westen uns übertrumpft“ und dass das

gemeinsame europäische Haus „sich nun in eine Fata Morgana verwandelt“. Mit anderen Worten: Der erfahrene sowjetische Diplomat warnte vor der Illusion, man könnte eines Tages in der sogenannten „westlichen Zivilisation“ willkommen sein.

Genau das ließ Putin in Valdai zwischen den Zeilen durchblicken: 1990 hatten ein deutscher Sozialdemokrat und der führende Deutschland-Experte der Sowjetunion denselben Appell von entgegengesetzten Seiten des Verhandlungstisches aus vorgebracht – und wurden von demselben Mann, Gorbatschow, ignoriert. Der Preis, den die UdSSR und später Russland dafür zahlten, war hoch – und die Botschaft richtet sich an zwei Adressaten. Nach innen bekräftigt sie Putins eigene Position, der die russische Elite seit langem vor ihren Illusionen in Bezug auf den Westen warnt. Nach außen soll sie die Deutschen – und Europa – daran erinnern, dass sie einst zu einer zumindest einigermaßen rationalen Politik gegenüber Russland fähig waren.

Was kostet Deutschlands wirtschaftlicher Selbstmord?

Das Deutschland, an das diese Botschaft gerichtet war, durchlebt einen echten wirtschaftlichen Niedergang. Das Institut der deutschen Wirtschaft – das IW in Köln, ein von den Arbeitgeberverbänden finanzierter Thinktank, der über jeden Verdacht russischer Sympathien erhaben ist – **berechnete** im Februar dieses Jahres, dass die deutsche Wirtschaft seit 2020 ein Produktionsdefizit von fast einer Billion Euro angehäuft hat. Im Jahr 2025 lag die deutsche Wirtschaftsleistung kaum über dem Niveau von 2019. Mit anderen Worten: sechs Jahre Stillstand. Das IW unterscheidet nicht zwischen den einzelnen Schocks: Pandemie, Krieg und Washingtons Konfrontationspolitik haben sich seit 2022 überschneidet. Doch die Energiekosten sind schlichtweg atemberaubend.

Im Jahr 2021 entfielen 55 % der deutschen Gasimporte auf Russland, und allein die Nord Stream 1 lieferte 59,2 Milliarden Kubikmeter – mehr als ihre nominelle Kapazität. Dies war der Treibstoff für eine auf billiger Energie basierende Industriestruktur. Der TTF, Europas Referenzgaspreis, lag 2019 und 2020 größtenteils unter 20 Euro pro Megawattstunde; im September 2026, nach dem Höchststand von 340 Euro im Jahr 2022, lag er immer noch zwischen 73 und 80 – das Drei- bis Vierfache des früheren Niveaus. Deutschland ersetzte russische Pipelines durch Schiffe aus der Ferne: Im ersten Quartal dieses Jahres stammten 89 % seines LNG aus den Vereinigten Staaten. Zwischen 2022 und 2025 gab die Europäische Union rund 281 Milliarden Euro für Flüssiggas aus, davon entfielen 131,5 Milliarden auf amerikanische Lieferungen. Es kam zu einem enormen Einkommenstransfer über den Atlantik.

Die Auswirkungen auf die Realwirtschaft lassen sich in den offiziellen Statistiken ablesen. Laut Destatis, dem Statistischen Bundesamt, sank die Produktion in energieintensiven Branchen zwischen Februar 2022 und März 2026 um 15,2 %, gegenüber 9,5 % in der Industrie insgesamt. Das Beratungsunternehmen EY ermittelte auf der Grundlage von Daten desselben Bundesinstituts, dass im Jahr 2025 124.000 Arbeitsplätze in der Industrie abgebaut wurden – fast doppelt so viele wie im Jahr 2024 –, davon 50.000 in der Automobilindustrie. Seit 2019 hat die deutsche Industrie rund 266.000 Arbeitsplätze verloren, die Automobilbranche 111.000 – das sind 13 % ihrer Gesamtbeschäftigung. Das vierte Quartal 2025 war das zehnte Quartal in Folge, in dem der Umsatz der Industrie zurückging.

Am aufschlussreichsten ist jedoch die stille Entscheidung des Kapitals: In einer Umfrage unter 3.000 Unternehmen geben vier von zehn an, dass sie erwägen, die Produktion in Deutschland zu drosseln oder ins Ausland zu verlagern – ein Anteil, der 2022 noch bei 21 % lag. Während die BASF im März dieses Jahres einen 10-Milliarden-Euro-Komplex in Zhanjiang, China, einweihte – die größte Einzelinvestition in ihrer Geschichte –, teilte ArcelorMittal der deutschen Regierung mit, dass sie ihre umweltfreundlichen Stahlwerke in Bremen und Eisenhüttenstadt nicht bauen werde und damit auf bereits bewilligte Subventionen in Höhe von 1,3 Milliarden Euro verzichte. Als Grund wurden die deutschen Strompreise genannt. Der Vorstandsvorsitzende Geert van Poelvoorde erklärte: „Die europäische Stahlindustrie steht unter beispiellosem Druck, rentabel zu bleiben – und das noch ohne die zusätzlichen Kosten, die für die Dekarbonisierung erforderlich sind.“ Das BIP sank 2023 um 0,3 % und 2024 um 0,2 % und wuchs 2025 um 0,2 %. Dies ist keine konjunkturelle Abschwächung, sondern eine Bedrohung für die Grundfesten der Produktionsbasis des Landes. Mit anderen Worten: Es handelt sich um einen beschleunigten Prozess der Deindustrialisierung, verursacht durch eine politische Entscheidung in Berlin, das billige russische Gas aufzugeben und stattdessen auf denselben Rohstoff zurückzugreifen, der dreimal so teuer ist und einen Ozean entfernt liegt. Dies als wirtschaftlichen Selbstmord zu bezeichnen, ist keine rhetorische Übertreibung.

Reindustrialisierung mit militärischen Mitteln: ein unheilvolles Déjà-vu

Angesichts dieser Lage hat die Regierung unter Friedrich Merz eine Entscheidung getroffen, die es in der europäischen Geschichte bereits gegeben hat und deren Ausgang geradezu katastrophal war: Die Industrialisierung des Landes unter der Führung der Rüstungsindustrie ist genau das, was die Deutschen in den 1930er Jahren taten. Am 18. März 2025 verabschiedete der Bundestag mit 513 zu 207

Stimmen eine Verfassungsänderung, die alle Verteidigungsausgaben über 1 % des BIP von der Schuldenobergrenze ausnimmt. Die Schuldenbremse, die zur Disziplinierung des deutschen Staates im Grundgesetz verankert ist, galt nun nicht mehr für die Wiederaufrüstung. Der Verteidigungshaushalt steigt von 86 Milliarden Euro im Jahr 2025 auf 108,2 Milliarden im Jahr 2026 und soll 2029 die 150-Milliarden-Marke überschreiten, was 3,5 % des BIP entspricht. Allein bis Dezember beabsichtigt die Bundeswehr, 153 große Beschaffungsverträge im Wert von rund 83 Milliarden Euro zu unterzeichnen. Volkswagen, eines der Aushängeschilder der deutschen Industrie, kündigte kürzlich den Abbau von 50.000 Arbeitsplätzen an – doch kurz zuvor hatte das Unternehmen auch bekannt gegeben, dass es in den Rüstungssektor einsteigt.

Die Rhetorik hält mit dem Haushalt Schritt und wird immer alarmierender. Im Juni 2024 **formulierte** Verteidigungsminister Boris Pistorius – ein Sozialdemokrat – im Bundestag das Ziel in einem Satz, der in den politischen Sprachgebrauch eingegangen ist: „Wir müssen bis 2029 kriegsfähig sein.“ Merz versprach in seiner ersten Regierungserklärung, die Bundeswehr zur „stärksten konventionellen Armee Europas“ zu machen. Am 29. September 2025 **warnte** er in Düsseldorf, dass er etwas sagen werde, das „auf den ersten Blick vielleicht ein wenig schockierend“ sei: „Wir befinden uns nicht im Krieg, aber wir befinden uns auch nicht mehr im Frieden.“ Der Krieg Russlands, fügte er hinzu, sei „ein Krieg gegen unsere Demokratie und ein Krieg gegen unsere Freiheit“.

Deutschland und Russland pflegen sozusagen seit Jahrhunderten ein komplexes Verhältnis. Katharina II., die Große, russische Zarin (1762–1796), war eine deutsche Prinzessin aus Stettin, und die russische Dynastie trug von 1762 bis 1917 offiziell den Namen Romanow-Holstein-Gottorp. Mit dem Rückversicherungsvertrag band Bismarck Russland 1887 an sich, um niemals an zwei Fronten kämpfen zu müssen, doch seine Nachfolger brachen diesen Vertrag 1890, drängten Russland in Richtung Frankreich und schufen damit die Voraussetzungen, die 1914 im Ersten Weltkrieg eskalierten. Es muss nicht extra erwähnt werden, dass die beiden Länder die blutigsten Schlachten der Geschichte austrugen, nachdem Hitler 1941 in die UdSSR einmarschiert war.

Dann taucht ein drittes Element auf, das diese Beziehung noch weiter zu verkomplizieren scheint. 1962 verbot die NATO unter dem Druck Washingtons den Verkauf deutscher Rohrleitungen an die UdSSR, und deutsche Unternehmen mussten bereits unterzeichnete Verträge auflösen. Jahre später hob Brandt dieses Veto auf: Im Februar 1970 wurde das deutsche Abkommen über Rohre im Tausch

gegen sowjetisches Gas geschlossen, sechs Monate vor dem von Bahr ausgehandelten Moskauer Vertrag, in dem Bonn schließlich die Nachkriegsgrenzen anerkannte.

Im Jahr 1982 verhängte Washington im Zusammenhang mit der Sibirien-Pipeline Sanktionen gegen europäische Unternehmen, doch die europäischen Regierungen forderten, dass die Verträge dennoch eingehalten würden, bis Reagan einlenkte. Das waren die guten alten Zeiten, als Europa noch seine Souveränität bewahrte und in der Lage war, sich den US-Sanktionen zu widersetzen. Im Jahr 2019 reichte bereits eine bloße Drohung aus dem Weißen Haus aus, damit das Schweizer Unternehmen Allseas innerhalb von 24 Stunden aus dem Projekt Nord Stream 2 ausstieg – und bis Februar 2021 hatten achtzehn europäische Unternehmen dasselbe getan, darunter die Zertifizierer und Versicherer, ohne die die Pipeline selbst nach ihrer Fertigstellung nicht in Betrieb genommen werden könnte. Schließlich wurde die Angelegenheit im September 2022 durch Sprengstoff auf dem Grund der Ostsee entschieden – mit dem Terroranschlag auf die umstrittene Pipeline. In einem Enthüllungsbericht [schrieb](#) der renommierte Journalist Seymour Hersh die Explosion einer amerikanischen Operation zu, was Washington jedoch bestritt; die deutsche Staatsanwaltschaft erhob im Juni dieses Jahres Anklage gegen einen Ukrainer, dem vorgeworfen wird, das Segelboot befehligt zu haben, das angeblich den Sprengstoff transportierte. Sicher ist, dass Deutschland seine Energieinfrastruktur zerstört sah und vier Jahre später noch niemand zur Verantwortung gezogen wurde; Berlin hat den Vorfall nie als Angriff behandelt, geschweige denn als *Casus belli*. Nord Stream 2, das im September 2021 für rund 9,5 Milliarden Euro fertiggestellt wurde, war nie auch nur einen einzigen Tag in Betrieb. Und der Verlust betraf nicht nur die russische Gazprom – die die Hälfte des Projekts finanzierte –, sondern auch Unternehmen aus Deutschland, Österreich, Frankreich, dem Vereinigten Königreich und den Niederlanden.

Dieses Verhältnis aus Angst und Faszination, Bündnis und Zerstörung ist es, was die deutsche Geschichtsschreibung in Anlehnung an Gerd Koenen als den *Russland-Komplex* bezeichnet. Heute steht das Pendel am einen Extrem, und der einzige Ort in der Regierung, an dem der andere Pol noch atmet, ist die SPD: Im Juni 2025 unterzeichneten mehr als hundert sozialdemokratische Persönlichkeiten ein Manifest, in dem sie „einen außerordentlich schwierigen Versuch“ einer Wiederannäherung an Moskau forderten, „sobald die Waffen schweigen“. Pistorius, ebenfalls aus dieser Partei, bezeichnete den Text als „Realitätsverleugung“.

Merz' Politik wird an der Wahlurne beurteilt

In einer seiner Antworten auf der Valdai-Plenarsitzung führte Putin die aggressive Eskalation der europäischen Rhetorik über eine angebliche „russische Bedrohung“ auf den Versuch zurück, die Öffentlichkeit abzulenken und den Fokus von den gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen der wichtigsten europäischen Nationen abzulenken. Doch nach den jüngsten deutschen Landtagswahlen zu urteilen, funktioniert Berlins Taktik nicht. Innerhalb von fünfzehn Tagen im September 2026 fanden drei Wahlen statt: am 6. in Sachsen-Anhalt, wo die CDU von 37 % auf 17 % zurückfiel und von der AfD mit 43,8 % (dem besten Wahlergebnis ihrer Geschichte) geschlagen wurde; am 20. in Mecklenburg-Vorpommern gewann nicht nur die AfD mit 38,2 %, sondern die CDU schaffte es mit 4,9 % auch nicht ins Landtag. In Berlin besiegte „Die Linke“ die CDU-SPD-Koalition und wird die Hauptstadt regieren, wahrscheinlich gemeinsam mit den Grünen und der SPD.

Merz bezeichnete das Ergebnis als „Katastrophe“, kündigte jedoch an, im Amt zu bleiben. Staatssekretär Philipp Amthor, der seinem eigenen Parteiflügel angehört, fasste die Stimmung zusammen: „Es steht alles auf dem Spiel“. In den landesweiten Umfragen liegt die AfD zwischen 25 % und 27 % und damit auf Augenhöhe mit der CDU. Die deutsche Wählerschaft bestraft die Partei der Wiederaufrüstung auf beiden Flanken – auf der rechten Seite die AfD, eine Kraft, die gegen Sanktionen und für die Rückkehr des russischen Gases eintritt; auf der linken Seite „Die Linke“, in einer Hauptstadt, in der gerade die Partei gewonnen hat, die sich am deutlichsten gegen eine militärische Eskalation ausgesprochen hat. Diese Ergebnisse lassen sich nicht verstehen, ohne die 124.000 Entlassungen in der Industrie im Jahr 2025 und eine sich verdreifachte Energierechnung zu erwähnen.

Eine Chance für einen weiteren „Fehler des Jahrhunderts“?

In seinen späten Lebensjahren bezeichnete Bahr die westliche Entscheidung für die Konfrontation als den „Fehler des Jahrhunderts“ und sagte, die NATO sei zu „einem Instrument im Dienste der Hegemonialstrategie der Vereinigten Staaten“ geworden. Etwa zur Zeit von Bahrs Tod erklärte George Friedman – ein Ungar, der vor dem Kommunismus floh und niemals Sympathien für Moskau hegte, Gründer von Stratfor, dem geopolitischen Beratungsunternehmen, das den Spitznamen „private CIA“ trägt – vor einem Publikum in Chicago, dass „das ursprüngliche Interesse der Vereinigten Staaten, um das wir seit einem Jahrhundert Kriege geführt haben – den Ersten, den Zweiten, den Kalten Krieg –, die Beziehung zwischen Deutschland und

Russland war. Denn vereint sind sie die einzige Kraft, die uns bedrohen könnte. Und um sicherzustellen, dass das nicht geschieht“. Elf Jahre später importiert Deutschland 89 % seines Flüssiggases aus den Vereinigten Staaten, hat das Äquivalent einer ganzen Jahresproduktion verloren und debattiert darüber, ob es sich bereits im Krieg befindet oder nicht. Anscheinend hat das Weiße Haus gute Arbeit geleistet. Doch Putin scheint sich auf Bahr berufen zu haben, in der Hoffnung, dass das einzige Argument, das den deutschen Konsens spalten könnte, ein Argument ist, das selbst deutsch ist.

Die Wette des russischen Präsidenten sorgte im Plenum für einen ungewöhnlichen Moment. Bevor er seine Fragen stellte, merkte der Chefredakteur der Schweizer Zeitung *Weltwoche*, Roger Köppel, an, dass er Egon Bahr gekannt und dessen politische Vision bewundert habe. Putin begann, auf andere Themen einzugehen, bis er plötzlich seinen eigenen Gedankengang unterbrach und sagte, es wäre interessant, mehr über Egon Bahr zu erfahren, da er ihn nie getroffen habe. Und dann übergab er unerwartet das Wort wieder an Köppel und bat ihn, seine Sicht auf Bahrs Politik darzulegen. Überrascht antwortete Köppel, er habe ihn als beeindruckenden Mann empfunden, gut gelaunt und hochintelligent, sowie als Realisten, der nicht vom „moralischen Imperialismus“ des heutigen Europas durchdrungen war und der „der Ansicht war, dass Europa ein Friedhof ehemaliger Reiche ist, [aber] dass es ein Kontinent des Friedens und der Verbindung zwischen den USA und Russland sein kann“. Am Ende der Plenarsitzung erzählte mir ein Freund aus dem Valdai-Club, er könne sich an keinen anderen Anlass erinnern, bei dem der Präsident jemandem aus dem Publikum eine Frage gestellt hätte.

Ich sprach mit einer erfahrenen russischen Politologin, die Putins Reden seit vielen Jahren aufmerksam verfolgt, und sie sagte mir, dies sei eine seltene Ansprache gewesen, vor allem in der Frage-und-Antwort-Runde, in der der russische Präsident mit großer Offenheit sprach, in einem Ton, der zeitweise an Ernst grenzte, und echte Besorgnis über die aktuelle geopolitische Lage zeigte. Ihrer Ansicht nach schien Putin einen Appell an die globalen Entscheidungseliten zu richten, als wolle er sagen, dass es deren Verantwortung sei, zu verhindern, dass die Prozesse der Transformation der Weltordnung außer Kontrolle geraten, denn sollte dies geschehen, gäbe es keine Gewinner. Sie fügte hinzu: „Vom Ton her erinnerte mich diese Rede an die berühmte Rede auf der Münchner Konferenz im Jahr 2007“.

Als Putin Köppels Bemerkung über „moralischen Imperialismus“ und über „Europa als Friedhof der Reiche“ hörte, antwortete er: *„Vielleicht wollen deshalb viele in Europa das russische Reich, das schon lange nicht mehr existiert, endgültig zerstören? Aber sie wissen das offenbar nicht.“* Als Deutschland das letzte Mal eine derart aggressive Rhetorik gegenüber Russland pflegte und sich gleichzeitig – wie

Friedrich Merz es will – zur „mächtigsten Armee Europas“ machte, stürzte dies die Menschheit in den größten und blutigsten Krieg ihrer Geschichte. Aber offenbar erinnern sich die Deutschen nicht mehr daran – oder an Egon Bahr.

ARTIKEL TAGS:

Analyse Bahr, Egon Deutschland Russland NATO